Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 222
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713)
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. R., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Victor Klinkhardt.

Nr. 388. **Mittwoch** 2. August 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der lippische Staatsminister **Gevekot** hat die Beleidigungsklage gegen den Landtagsvizepräsidenten **Hoffmann** eingereicht. (S. Dtsch. Reich.)

* In Karlsbad erfolgt Mitte August eine Zusammenkunft zwischen Baron Fejervary und Kossuth, bei welcher wahrscheinlich nochmals eine Ausgleichung der bestehenden Gegensätze versucht werden wird.

* Nach der „Daily Mail" wendet die englische Regierung dem Ankauf der Whitworth-Kohlenfelder durch deutsche Unternehmer fortgesetzt ernsteste Beachtung zu; es heißt, daß sie demnächst Maßregeln zum Schutze der englischen Dampfkohlenerzeugung treffen werde.

* Nach einer Meldung aus Stockholm soll der abgehende Minister des Auswärtigen, Graf Sydenstolpe, zum Gesandten in Paris ernannt werden.

* Bei einer Uebung einer schwedischen Minenkompagnie unweit Sandhamn lief ein Boot auf eine Unterseemine und wurde zerstört; sieben Personen verloren das Leben.

* Am Tore des Königlichen Schlosses in Warschau feuerten Unbekannte mehrere Revolverschüsse ab und verwundeten den Schutzmannsposten. Die Täter entkamen.

* Offiziös wird die Nachricht über einen Zusammenstoß zwischen dem serbischen Kriegsminister Oberst Antonitsch und dem früheren Minister Protitsch für unbegründet erklärt.

* Nach einer Depesche des „B. T." aus Konstantinopel wurde ein Hoffunktionär als des Attentats auf den Sultan dringend verdächtig verhaftet. (Vgl. Ausland.)

* Nach den „New Yorker Times" wird Witte versuchen, in Amerika eine russische Anleihe aufzunehmen.

* Das Mitglied der japanischen Friedenskommission Sato betonte in einer Unterredung, Deutschland habe im Laufe des russisch-japanischen Krieges stets korrekte Neutralität beobachtet.

Yankee und Japaner in Südamerika.

Der südamerikanische Kontinent ist heute noch ein ungeheures Brachland, dessen Saum nur von europäischer Kultur und Unternehmungsgeist erschlossen und behauptet wurde. Erst die Zukunft wird das letzte Wort über diese endlosen Weiten sprechen, deren Boden ungeahnte Reichtümer birgt oder hervorbringen wird, wenn erst zäher Fleiß und regelmäßige Arbeit statt der herrschenden Indolenz dort einziehen. Ohne einen erbitterten Kampf wird dieses Ziel allerdings nicht zu erreichen sein, und heute schon bereiten sich die Mächte, die in der Welt die Musik machen, darauf vor. In aller Stille natürlich, und jede tut als sei der Fortbestand der heutigen, unfähigen und unvollkommenen Staatsgebilde auf südamerikanischem Boden etwas Selbstverständliches, obwohl jede der lateinischen Republiken den Keim des Zerfalles und Niederganges von Anbeginn in sich trägt. Diese Hochachtung vor der Selbständigkeit der südamerikanischen Staaten wird geflissentlich von der nordamerikanischen Union zur Schau getragen, der Yankee weist mit besonderer Entrüstung auf die bösen europäischen Brüder hin, die mit den Absichten schlimmer Räuber die harmlosen Leute von Caracas bis Punta Arenas beobachten, und bietet bei aller und jeder Gelegenheit seinen starken Schutz an. Die Monroedoktrin, angeblich nur ein starker Schild gegen europäische Habgier, wird in Wirklichkeit immer mehr zu einem Garn, in dem die Südamerikaner hängen bleiben werden.

Nachdem der Versuch, im Herzen Südamerikas durch den Acre-Streit einen artigen Brand zu legen, die Feuersbrunst zu löschen und sich durch die schönen Kautschukwälder im oberen Amazonasgebiet ein sehr willkommenes Honorar zahlen zu lassen, dank der Besonnenheit des Visconde do Rio Branco, des brasilischen Ministers des Auswärtigen, fehlschlug, gehen die Yankees auf anderem Wege vor. Die friedliche Arbeit des Kapitals muß nordamerikanische Interessen schaffen, die im gegebenen Falle den Vorwand zu energischem Eingreifen liefern können. Wir haben an dieser Stelle vor kurzem auf das Vorgehen der amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften im Staate S. Paulo hingewiesen und können heute auf Grund neuer Nachrichten von zuverlässiger riograndenser Seite auch einen Vorstoß der Yankees in Rio Grande do Sul melden, der unseren deutsch-brasilischen Kreisen vielleicht zu denken gibt. Seit Jahren bildet die Barre von Rio Grande vor dem Zugang zum einzigen Hafen des Staates ein besonders unangenehmes Hindernis für die Schiffahrt. Tagelang müssen oft selbst die flachgehenden Küstendampfer auf einen günstigen Wasserstand warten, der Lotsendienst ist bei dem ewigen Wandern der Sandbänke ein ungemein schwieriger und bei schwerem Wetter ist ein Schiff, das den Untiefen zu nahe kommt, rettungslos verloren. Die Hamburger Dampfer, die den Dienst nach Südbrasilien versehen, sind in Rücksicht auf diese Verhältnisse von besonders geringem Tiefgange, große Seeschiffe vermögen den riograndenser Hafen überhaupt nicht anzulaufen und gehen daher nach dem La Plata. Montevideo ist durch diese schlechten riograndenser Hafenverhältnisse groß geworden, das brasilische Hinterland hat seine Frachten über Montevideo bezogen und abgehen lassen und der Verkehr Rio Grandes hat lediglich der Barre wegen nie den Aufschwung nehmen können, den der Reichtum des Landes und der lebhafte Handel ermöglichen müßte. Eine französische Gesellschaft übernahm vor Jahren die Baggerarbeiten bei Rio Grande, um endlich einen dauernden, tiefen Zugang vom Meere her zu schaffen. Aber dieses Unternehmen stellte so hohe Anforderungen an die Kapitalkraft der französischen Kompagnie, daß sie die Arbeiten bald einstellen mußte. Lediglich die verlassenen Häuser der Ingenieure in den Sandhügeln erinnern an jenen Versuch.

Die brasilischen Behörden betreiben seit dieser Zeit auf eigene Faust die Baggerarbeiten, Jahr um Jahr werden Mittel bewilligt, um die Versuche, eine genügende Fahrrinne zwischen Rio Grande, Pelotas und Porto Alegre zu schaffen, nicht einschlafen zu lassen, aber nach der Väter Weise betreiben die Ingenieure diese Arbeiten, die nach ihrem Wunsch auch noch ihren Kindern und Enkeln das tägliche Brot liefern sollen. Kein Mensch im Lande verspricht sich von diesem Fortwursteln einen ernsthaften Erfolg. Sehr oft ist von deutschen Experten auf diese Barre- und Hafenarbeiten hingewiesen worden, die für deutsches Kapital sicherlich ein lohnendes Anlagefeld gewesen wären. Man hat auch jahrelang das Projekt studiert, in Torres einen neuen Hafen zu gründen, ihn durch Eisenbahn oder Kanal mit Porto Alegre zu verbinden und dafür die immer mehr versandende Lagoa dos Patos, also die Häfen Pelotas und Rio Grande aufzugeben. Dagegen sträubten sich natürlich die beiden Städte mit aller Gewalt, denn die Eröffnung von Torres bedeutete für sie den wirtschaftlichen Tod. Mit scharfem Blick haben die Yankees diese Lage erkannt und schnell ausgenützt. Heute ist es nur eine Frage der Zeit, daß eine nordamerikanische Gesellschaft einen sicheren Weg durch die Barre von Rio Grande baggert und ihn in Gestalt einer sechs Meter tiefen Fahrrinne durch die seichte Lagoa dos Patos über Pelotas nach Porto Alegre weiterführt. Die Bedingungen der Nordamerikaner sind nach brasilischen Begriffen außerordentlich günstig. Sie fordern für die gesamte Arbeit 35 Millionen Dollars und zwar nicht in barem Gelde, sondern in „Apolices", in Schuldtiteln. Sobald dem Südamerikaner die Gelegenheit winkt, ohne bares Geld etwas ausführen zu können, greift er fix zu, und ohne Zweifel werden die Brasilier das Angebot der Yankees annehmen. Nebenbei verbittet sich die Kompagnie allerdings jegliche fiskalische Einmischung und verlangt Schiffahrtsabgaben. Letztere Bedingung ist gleichbedeutend mit der Bevormundung des Verkehrs, und die Amerikaner werden dabei keinerlei zarte Rücksichten nehmen, besonders nicht auf den deutschen Handel, der im Staate dominiert. Dieser deutsche Großhandel sah denn auch mit sehr gemischten Gefühlen zu, als vor einigen Monaten eine Abordnung nordamerikanischer Kapitalisten auf eigener Yacht möglichst pomphaft die Südhäfen Brasiliens besuchte und in Porto Alegre geradezu fürstlich aufgenommen wurde. Die Yankees schmeicheln nach bewährtem Rezept der nationalen Eigenliebe der Brasilier, imponieren der Menge durch prunkvolle Repräsentation und erregen dadurch den Eindruck gewaltiger Ueberlegenheit bei den Latinoamerikanern.

Hinter diesem Angebot der Baggerkompanie steckt entschieden eine politische Absicht. Die Anlage großer amerikanischer Kapitalien schafft „berechtigte Interessen", und in Zeiten politischer Wirren vermag der Yankee auf Grund dieser jeden Augenblick einzugreifen, ja, er kann sich sogar durch ein energisches Vorgehen, durch die Herstellung der Ordnung die Sympathien aller Elemente im Lande verdienen, die durch Besitz und Beruf dort auf eine friedliche Lage Wert legen müssen. Allmählich wird auf diesem Wege die Union sich ein wirtschaftliches Protektorat über Brasilien sichern und der Hauptgläubiger des brasilischen Bundes, England, würde ihr dabei kein ernstliches Hindernis in den Weg legen. Der große Krach, der einst notwendig zwischen den beiden großen angelsächsischen Nationen ausbrechen muß, wird sicherlich nicht Brasiliens wegen eintreten. Zudem ist es für die Yankees ein Leichtes, sich in den Besitz der brasilischen, in England finanzierten Titel zu setzen und so dem englischen Kapital die maßgebende Rolle in Brasilien abzunehmen.

Bei ihrem planmäßigen wirtschaftlichen Angriff auf die Vereinigten Staaten von Brasilien scheinen die Yankees und Europäer neuerdings einen unerwarteten Konkurrenten zu bekommen: Japan. Herr Sugimura, der Vertreter des Mikado in Rio de Janeiro, hat bei einer offiziellen Gelegenheit letzthin erklärt, daß die japanische Auswanderung künftig ihren Weg auch nach Brasilien nehmen und dort Kolonien gründen werde. Eine Dampferlinie werde den Dienst zwischen Japan, Rio und Santos versehen. Diese Nachricht stimmt auffällig mit dem Programme der neuen Kolonialschule zu Tokio, deren Programm unter den Sprachen auch den Unterricht des Portugiesischen vorsieht. Da Portugal selbst keine Gebiete mehr besitzt, die für eine japanische Emigration in Betracht kommen könnten, so liegt es auf der Hand, daß die japanischen Behörden Brasilien als Kolonisationsgebiet ins Auge gefaßt haben. Eine solche Einwanderung würde aber für alle Europäer in Brasilien eine Konkurrenz bedeuten, die nicht schlimmer gedacht werden kann.

Man könnte versucht sein, zu glauben, durch die japanischen Kulis solle der Bedarf an Arbeitern in den Kaffeeplantagen S. Paulos gedeckt werden, deren Beschaffung immer schwieriger wird, seitdem auch die italienischen Behörden die Werbung ihrer Untertanen für die brasilischen Kaffeeplantagen verboten haben. Die Gründe für dieses Verbot liegen in Lohndifferenzen. Angeblich sind den italienischen Arbeitern in S. Paulo allein für 7 Millionen Lire Löhne nicht gezahlt worden und der Bericht des Abgesandten der römischen Regierung, der die Paulistaner Verhältnisse studierte, bestätigte die Klage seiner Landsleute. Der Mikado hat aber ausdrücklich erklärt, daß er eine Anwerbung seiner Untertanen für die Kaffeeplantage nicht dulden werde. Somit ist also eine japanische Ackerbaukolonisation geplant, die sich natürlich gerade unserer deutschen Siedlung sehr unbequem machen würde.

Diese japanischen Pläne sind nicht etwa Phantasiereien, sondern wohlüberlegt und durchberaten. Sie sind auch nicht etwa etwas Ungeheuerliches, vielmehr ist Japan in der gleichen Lage wie wir selbst: es muß für seinen Bevölkerungsüberschuß neue Siedelungsgebiete schaffen und wird sie dort suchen, wo die angesiedelten Elemente ihm in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht erhalten bleiben. Ein solcher Boden für eine gesunde Siedlung ist aber Brasilien, und da die europäischen Nationen — wir an der Spitze — noch viel zu wenig diese Tatsache gewürdigt haben, wird der arbeitsfähige und anspruchslose Kuli Japans nun hier ein Wettbewerber werden, der sich seinen Platz an der brasilischen Sonne sichern wird. Man darf sehr gespannt sein, wie die Nordamerikaner sich zu diesem neuesten Vorstoß der Japaner stellen werden. F.

Deutsches Reich.

Leipzig, 1. August.

* **Zum Kampf gegen die konfessionellen Verbindungen.** Der Weimarer Kartellverband Neuphilologischer Vereine, der vom 14.—16. Juli in Weimar seinen Verbandstag abhielt, hat auf Grund der Eisenacher und Weimarer Beschlüsse folgende Resolution gefaßt: „Der Weimarer Kartellverband Neuphilologischer Vereine deutscher Hochschulen spricht den konfessionellen Korporationen die Existenzberechtigung ab, da sie eine schwere Gefahr für die Einigkeit des Vaterlandes bilden. Der Verband, der auf wissenschaftlicher Grundlage gegründet ist, hält es für seine Pflicht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen Korporationen zu kämpfen, in denen freie, wissenschaftliche Forschung gefährdet ist."

* **Staatsminister und Landtagspräsident in Lippe.** Wie uns aus Detmold telegraphiert wird, hat Staatsminister Gevekot am Dienstag Nachmittag die Beleidigungsklage gegen den Vizepräsidenten des lippischen Landtags, den Fabrikanten Ludwig Hoffmann, bei der Staatsanwaltschaft in Detmold eingereicht. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich bereits Ende September stattfinden. Zwischen dem Minister und Herrn Hoffmann war es, wie bereits erwähnt, bei der Verhandlung des „Dietzsche"-Prozesses in Lage zu einem scharfen Konflikt gekommen, in dessen Verlauf der Minister folgende, ebenfalls schon kurz erwähnte Erklärung veröffentlichen ließ: Nach dem Berichte in Nr. 174 der „Lipp. Ztg." über die Sitzung des Schöffengerichts Lage am 26. v. M. hat der Herr Rechtsanwalt Dr. Klasing gesagt: „Ich will der Oeffentlichkeit gegenüber erwähnen, daß der Minister Herrn Hoffmann den Kommerzienratstitel aufgedrängt hat wider seinen ausdrücklichen Wunsch und ohne daß der Regent diesen Wunsch Hoffmanns gekannt hat; ferner daß der Minister auf die Vorstellung des Herrn Hoffmann, diese Verleihung rückgängig zu machen, mündlich erklärt habe, das ginge nicht, und wenn Herr Hoffmann diesen Titel niederlege oder ablehne, so würde das den Regenten kränken, und zweitens, daß es zu den Akten gelegt werde und daß trotzdem der Minister später, als es ihm in den Kram paßte, seinerseits Hoffmann nahe gelegt, ihm amtlich geschrieben hat, er stelle ihm anheim, den Antrag zu stellen, den Titel niederzulegen, daß der Minister also das, was er zuerst für unmöglich, später für möglich und ausführbar angenommen hat . . ." Diese Darstellung ist in dem ersten Teile unwahr, in dem letzten Teile unrichtig, die daran geknüpfte Schlußfolgerung also falsch. Die später gemachte Bemerkung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Klasing über den „staunenswerten Mangel des Ministers an politischem Takt" betrachte ich lediglich als symptomatisch für die Auffassung jenes Herrn vom „Takt". — Detmold, 27. Juli 1905. Gevekot, Staatsminister.

Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß nach der „Germ." nicht bloß der verurteilte Redakteur Neumann gegen das Urteil des Schöffengerichts Lage Berufung eingelegt hat, sondern auch der Kläger Hoffmann, da ihm die Strafe zu gering erscheint.

Berlin, 1. August.

* **Kaiser Wilhelms Besuch in Kopenhagen.** Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, machten Kaiser Wilhelm, König Christian, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark, Prinz Waldemar, Prinzessin Marie und andere Mitglieder der königlichen Familie am Dienstag eine Spazierfahrt nach der Eremitage, wo das Frühstück eingenommen wurde. Nach dem Frühstück fuhren der Kaiser und König Christian mit einigen Mitgliedern der königlichen Familie über Klosterborg nach Schloß Bernstorff zurück.

* **Das deutsche Geschwader in Schweden.** In Stockholm wird aus Anlaß des Besuches des Zweiten deutschen Geschwaders, das morgen in den Stockholmer Schären eintrifft, eine Reihe von Festlichkeiten stattfinden. Am ersten Tage gibt der deutsche Gesandte ein Fest für die Offiziere des Geschwaders und sonstige Eingeladene. Für den 3. d. M. ist das große Fest des Königs Oskar angesetzt, das auf der Schloßterrasse vor sich gehen wird. Am 4. August gibt die Stadt Stockholm ein Fest in dem bekannten Konzertlokal und Restaurant Hasselbacken im Tiergarten, woran sich an den folgenden Tagen festliche Veranstaltungen des Marineministers Palander und der schwedischen Marineoffiziere schließen. Die Schlachtschiffe und der Aviso des unter dem Befehl des Großadmirals v. Köster stehenden Geschwaders werfen im äußeren Schärengebiet, im sogenannten Trälhafvet, Anker. Dieses sonst nur den schwedischen Kriegsschiffen vorbehaltene Gewässer wird auf Grund der von König Oskar erteilten Erlaubnis dem deutschen Geschwader geöffnet. Elf Torpedoboote des Geschwaders laufen mit Erlaubnis des Königs in den Stockholmer Hafen ein. Das unter Befehl des Kontre-Admirals Schmidt stehende Geschwader geht statt nach Norrköping, wie zuerst beabsichtigt, nach Södertälje, einige Meilen südwestlich von Stockholm, wo es sich vom 2. bis 6. d. M. aufhält. Ein drittes Geschwader trifft am 3. d. M. in dem Kriegshafen Karlskrona ein. Hier gibt der kommandierende Admiral Hjulhammar am folgenden Tage ein Mittagsmahl für den Geschwaderchef und die Fahrzeugschefs. Am Abend veranstaltet die Marine-Offiziersgesellschaft ein Beisammensein mit den deutschen Kameraden.

* **Arbeitsnachweise.** Ueber die Vermittelungstätigkeit der deutschen Arbeitsnachweise im Juni d. J. äußert sich das „Reichsarbeitsbl." dahin, daß im ganzen die Lage sich nicht ungünstig gestaltet hat. In Süddeutschland, zum Teil auch in Westdeutschland, wurden die Verhältnisse des Arbeitsmarktes allerdings durch große Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Mitleidenschaft gezogen und die Vermittelungstätigkeit dadurch stark beeinträchtigt. Im übrigen machte sich der Beginn der Reisezeit und der Badesaisen in einer Anzahl von Gewerben stark bemerkbar. Im Vergleich zum entsprechenden Monate des Vorjahres hatte der diesjährige Juni bei einer Steigerung der Arbeitsgesuche um etwa 3700 ein Mehr an offenen Stellen um 16 400 und ein Mehr an besetzten Stellen um 11 000 aufzuweisen. Nach den für den Berichtsmonat eingegangenen Meldungen von 629 Arbeitsnachweisen kamen im Juni d. J. auf 152 000 Gesuche männlicher Arbeitsuchender 132 000 offene und 99 000 besetzte Stellen, und bei den weiblichen Arbeitsuchenden auf 33 000 Gesuche 45 000 offene Stellen und 24 000 Vermittelungen. Während bei den Männern also auf 100 Stellenangebote 115 Arbeitsuchende entfielen, meldeten sich bei den weiblichen Arbeitsuchenden durchschnittlich nur 73 auf 100 Stellen.

* **Landwirtschaftsminister und Fleischnot.** Das Vorgehen des Landwirtschaftsministers v. Podbielski, der die Vermehrung der Einfuhr russischer Schweine nach Oberschlesien abgelehnt hat, ist der „Dtsch. Tagesztg." natürlich sehr willkommen. Während das Agrarierblatt nämlich selbst anerkannt hatte, daß eine Fleischnot bestände, spricht es jetzt von einem „entlarvten Fleischnotschwindel", der nunmehr abgetan sei. Dabei wird übereinstimmend aus Oberschlesien bekundet, und man kann dies auch in dem gewiß nicht landwirtschaftsfeindlichen Zentrumsblatt, der „Schles. Volksztg.", lesen, daß in Oberschlesien nach wie vor eine große Fleischnot herrscht, der auch durch die lächerlich geringe Sendung der Ringschen Viehzentrale nicht abgeholfen worden ist.

— Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht ein Gesetz vom 14. Juli, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, ferner einen Erlaß des preußischen Finanzministers, betreffend Entschädigung der früheren Händler mit Süßstoffen, welche bei Inkrafttreten des Süßstoffgesetzes die ihnen verbliebenen Süßstoffvorräte freiwillig unter amtlicher Aufsicht gestellt hatten, diese Vorräte aber vor den Süßstoffenkäufen durch das Reich haben vernichten lassen.

— Prinz Eitel Friedrich ist von Anfang August an zu einem Kursus der Schießschule in Spandau kommandiert worden.

— An den kaiserlichen Bauten zur Wiederherstellung der Saalburg bei Homburg v. d. Höhe haben die Maurer, wie der „Germ." meldet, infolge von Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

— Ein allgemeiner Ausstand der Berliner Rollkutscher und Speditionsarbeiter steht wahrscheinlich bevor. In einer Versammlung wurde am Montag ein neuer Lohntarif aufgestellt, der einen Mindestlohn von 30 ℳ wöchentlich bei zehnstündiger Arbeitszeit und die Festsetzung des Siebenuhrschlusses für das Aufladen von Rollgütern verlangt. Falls die Arbeitgeber den neuen Tarif nicht bis zum 15. August annehmen, soll am 20. der allgemeine Streik im Speditionsgewerbe proklamiert werden.

* Bremen, 1. August. Der Vertrag zwischen Preußen und Bremen wegen der Erweiterung des Bremerhavener Hafens und der Verkehrsanstalten und entsprechenden Gebietsaustausches ist endgültig vollzogen worden.